

Deutscher Städtetag | Gereonstraße 18-32 | 50670 Köln

## An die

- unmittelbaren Mitgliedstädte
- Mitglieder des Ausschusses für Frauenund Gleichstellungsangelegenheiten
- Mitglieder der Kommission der Frauenbeauftragten
- Mitglieder der Fachkommission "Frauen in der Stadt" des Deutschen Städtetages
- Mitglieder der Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten des Städtetages Nordrhein-Westfalen

## nachrichtlich:

Mitgliedsverbände

16.02.2021/wo

## Kontakt

Tanja Demmel tanja.demmel@staedtetag.de Gereonstraße 18-32 50670 Köln

Telefon 0221 3771-330 Telefax 0221 3771-309

www.staedtetag.de

Aktenzeichen 15.02.23 D

Dokumenten-Nr. T 3025

Öffentliche Konsultation der EU-Kommission: "Was tun im Kampf gegen Gewalt an Frauen? Ihre Meinung ist gefragt!"

**Kurzüberblick** Um die Gewalt gegen Frauen zu überwinden, will die EU-Kommission bis Ende 2021 rechtliche Maßnahmen vorlegen. Am 8. Februar 2021 hat daher eine öffentliche Konsultation gestartet. Die Beiträge sollen in die Gesetzesinitiative zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt einfließen. Eine Teilnahme an der Konsultation ist **bis zum 10. Mai 2021** möglich.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie in der Europäischen Gleichstellungsstrategie (2020 bis 2025) <a href="https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\_20\_358">https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\_20\_358</a> dargelegt, beabsichtigt die Europäische Kommission, die Straftatbestände, bei denen eine Harmonisierung in ganz Europa möglich ist, auf bestimmte Formen der Gewalt gegen Frauen auszudehnen, einschließlich sexueller Belästigung, Missbrauch von Frauen und Genitalverstümmelung bei Frauen. Die Ziele der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter spiegeln sich auch in den weltweiten Maßnahmen der EU wider, mit denen die Rolle der Frau gestärkt und geschlechtsbezogene Gewalt bekämpft werden soll.

## Seite 2 / 2

Mit der o. g. öffentlichen Konsultation möchte die Kommission möglichst viele Zielgruppen erreichen: einzelne Bürger, Organisationen der Zivilgesellschaft, Sozialpartner, Gleichstellungsgremien, Mitgliedsstaaten und nationale Behörden. Die Mitgliedsstaaten werden durch eine gezielte Konsultation gesondert befragt. Die Pressemitteilung vom 08.02.2021 ist abrufbar unter: <a href="https://ec.europa.eu/germany/news/20210208-gewalt-gegen-frauen\_de">https://ec.europa.eu/germany/news/20210208-gewalt-gegen-frauen\_de</a>. Eine Teilnahme an der Konsultation ist möglich unter: <a href="https://ec.eu-ropa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12682-Preventing-and-combatting-gender-based-violence/public-consultation">https://ec.eu-ropa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12682-Preventing-and-combatting-gender-based-violence/public-consultation</a>. Teilnahmeschluss ist der 10. Mai 2021.

Wir bitten um Kenntnisnahme und Weiterleitung an Interessierte.

Mit freundlichen Grüßen In Vertretung

Klaus Hebborn